

# **Sorgende Städte, Klimafreundliche Städte & Menschenrechtsstädte**

**Ansatzpunkte dieser Konzepte, Schnittstellen und  
Empfehlungen für eine stärkere Verknüpfung der Ansätze**

Mag.a Alexandra Strickner  
Kompetenzzentrum Alltagsökonomie

Wien, 4. Februar 2025

Die Recherche wurde im Auftrag des Menschenrechtsbüros der Stadt Wien erstellt.



**MENSCHEN  
RECHTSBÜRO**

**Kompetenzzentrum Alltagsökonomie**

p.A. Univ.-Prof. DDR. Michael Getzner, Forschungsbereich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik  
Institut für Raumplanung, TU Wien; Karlsplatz 13, 1040 Wien  
ZVR 1568225466



## Inhaltsverzeichnis

<b>1. EINLEITUNG .....</b>	<b>4</b>
<b>2. DAS KONZEPT DER SORGENDEN STÄDTE .....</b>	<b>4</b>
<b>3. DAS KONZEPT DER KLIMAFREUNDLICHEN STÄDTE .....</b>	<b>10</b>
<b>4. DAS KONZEPT DER MENSCHENRECHTSSTÄDTE.....</b>	<b>13</b>
<b>5. SCHNITTSTELLEN ZWISCHEN SORGENDEN STÄDTEN, MENSCHENRECHTSSTÄDTEN UND KLIMAFREUNDLICHEN STÄDTEN .....</b>	<b>17</b>
<b>6. ANSATZPUNKTE FÜR EINE STÄRKERE VERKNÜPFUNG DER KONZEPTE .....</b>	<b>20</b>
<b>7. LITERATUR &amp; LINKS ZU WEBSITES.....</b>	<b>23</b>

# 1. Einleitung

Angesichts der vielfachen Krisen – von der Klimakrise, der sozialen Krise oder Demokratiekrise, werden nicht nur politische Maßnahmen auf nationaler, EU-weiter oder globaler Ebene diskutiert, um Antworten und Lösungen dafür voranzutreiben. Seit Jahren gibt es immer mehr Ansätze, die auf der lokalen Ebene entwickelt werden und hier v.a. für Städte. So gibt es den Ansatz der sorgenden Städte, der klimagerechten oder klimafitten Städte und der Menschenrechtsstädte. Im Rahmen eines Workshops bei der Konferenz [„Gemeinsam für eine fairsorgende Wirtschaft und Gesellschaft. Ansätze und Wege dorthin“](#), die am 15. und 16. November 2024 in Linz stattgefunden hat und von fair sorgen! Wirtschaften fürs Leben, gemeinsam mit rund 20 Kooperationspartnern organisiert wurde – darunter auch das Kompetenzzentrum Alltagsökonomie – gab es einen ersten Austausch über die Gemeinsamkeiten und Schnittstellen dieser Ansätze. Dieses Dokument stellt kurz die jeweiligen Konzepte und Ansätze vor und beleuchtet die Gemeinsamkeiten und Schnittstellen und welche Fragestellungen sich daraus ergeben. Den Abschluss bilden erste Überlegungen, wie diese Konzepte stärker miteinander verknüpft werden könnten und mögliche Pilotprojekte für Wien.

## 2. Das Konzept der sorgenden Städte

Der Begriff der "sorgenden Stadt" (auch „Caring City“) bezieht sich auf ein Konzept urbaner Planung, das sich auf die Förderung von sozialer Fürsorge und Inklusion in städtischen Räumen konzentriert. Das Ziel ist, eine nachhaltige und gerechte Stadtentwicklung zu fördern, die die Verbesserung der Lebensqualität aller Bewohner:innen und die Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse ins Zentrum stellt. Sorgende Städte setzen sich dafür ein, dass das städtische Leben nicht nur von ökonomischen Interessen geprägt ist, sondern auch die sozialen Bedürfnisse und das Wohl aller Menschen in den Vordergrund stellt. Gute Sorgestrukturen müssen vor Ort, im sozialen Nahraum verfügbar sein. Aus einer feministischen Perspektive wird das Konzept der Sorgenden Städte um folgende Aspekte ergänzt: es geht darum, eine gerechte, lebenswerte und solidarische Umgebung zu schaffen, in der Sorgearbeit wertgeschätzt und unterstützt wird und dass Sorgeinfrastrukturen auf lokaler Ebene ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Der Sorgebereich muss in diesem Sinne neu organisiert und v.a. vergesellschaftet werden: Care-Tätigkeiten, die noch immer vorwiegend von Frauen erbracht werden, können nicht länger Frauen (unentlohnt und im Privaten) überantwortet werden, da ihnen dadurch häufig (ökonomische) Unabhängigkeit und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten genommen werden. Was ansteht, die kollektive oder gemeinwirtschaftliche Organisierung der Infrastrukturen (anstatt von profitorientierten Infrastrukturen) und auch die kollektive Organisierung der unbezahlten Sorgearbeit, um Sorgearbeit gerechter zu verteilen. Das erfordert auch gänzliche neue Formen der gesellschaftlichen Organisierung zu entwickeln, vor dem Hintergrund vielfacher Herausforderungen. Sorgende Städte verfolgen also das Ziel, Räume zu schaffen, die Solidarität und Fürsorge in den Alltag zu integrieren, neue integrative Care-Infrastrukturen zu etablieren (z.B. Elementarbildungseinrichtungen mit Seniorenheimen) und Care in den Alltag und ins Stadtbild zu integrieren, soweit dies in der Kompetenz der Stadt liegt und von dieser geplant bzw. beeinflusst werden kann. So kann u.a. sichtbar gemacht werden, dass Menschen, die unterstützungsbedürftig sind, nicht per se krank sind und eine nachhaltige, gerechte und inklusive urbane Zukunft für alle ermöglicht werden.

Dabei stellen sich Fragen wie:

- Welche kollektiven Infrastrukturen braucht es, um alle Menschen in einer Stadt gut zu versorgen? Welche neuen Ansätze sind hier notwendig?
- Wie können kommunale und gemeinnützige Träger, Beschäftigte, Nachbar:innen und die lokale Politik zusammenarbeiten und wohnortnahe Sorgestrukturen entwickeln?
- Wie können vorhandene Infrastrukturen, die gemeinnützigen und gemeinwohlorientierten Zielen widersprechen, so umgebaut werden, dass sie einer sorgenden Stadt entsprechen und unter demokratische Kontrolle gebracht werden?
- Wie können Menschen in die Planung und Gestaltung von Infrastrukturen und in Entscheidungsprozesse direkter und besser eingebunden werden?
- Wie muss eine Stadt konkret aussehen, die sich an den Bedürfnissen *aller* ihrer Bewohner:innen ausrichtet?
- Wie können wir vor Ort ansetzen, um die Logik der Privatisierung zu brechen und Einstiege in ein feministisches und sozial-ökologisches Transformationsprojekt zu finden?
- Was braucht es, um ausreichend Menschen für Berufe in sorgenden Infrastrukturen auszubilden und langfristig zu halten?

### **Strategien zur Umsetzung sorgender Städte**

Zu den zentralen Strategien zur Umsetzung von sorgenden Städten zählen u.a.

#### **a. Schaffung und Verbesserung von sozialen Infrastrukturen**

Eine der zentralen Strategien einer sorgenden Stadt ist der Aus- und Aufbau von zugänglichen, öffentlichen bzw. gemeinnützig organisierten Infrastrukturen, die für alle Bürger:innen zugänglich sind, d.h. für alle leistbar, für alle nutzbar etc. Dazu gehören:

- **Gesundheitsversorgung und sozialen Dienstleistungen:** Medizinische Grundversorgung, Gesundheitszentren, Pflegeeinrichtungen und psychosoziale Dienstleistungen für alle, auch für benachteiligte Gruppen, wie Migrant:innen oder Menschen in prekären Lebenslagen.
- **Betreuungseinrichtungen von der Elementarbildung bis zur Altenpflege:** Kinderkrippen, Elementarbildungseinrichtungen, Altenpflegeeinrichtungen und anderen sozialen Dienstleistungen, die für die Fürsorge von Familien und älteren Menschen unerlässlich sind.
- **Bildungseinrichtungen:** Bereitstellung von Schulen, Weiterbildungsmöglichkeiten und Bildungszentren wie z.B. Volkshochschulen, die eine gleichberechtigte Teilhabe für alle ermöglichen.

Wien ist für seine öffentlichen und gemeinnützigen Infrastrukturen in diesem Bereich bekannt. Wien investiert hier auch viel u.a. in den Ausbau von Ganztagesbetreuungen. Kostengünstige Angebote erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zugleich gibt es gerade in diesem Bereich große Herausforderungen, v.a. im Hinblick auf den demografischen Wandel und den dadurch schon jetzt vorhandenen Personalbedarf, der mit Blick auf die Pensionierungswelle in den nächsten Jahren und den steigenden Bedarf an Angeboten v.a. in der Altenpflege zunehmen wird. Beim WAFF wurde z.B. ein [Fachkräftezentrum](#) eingerichtet. Es gibt eine Erhebung über den Fachkräftebedarf, den [Fachkräftebericht 2023](#), der die Bereiche Pflege, Gesundheit und Elementarbildung in den Blick nimmt. Darauf aufbauend wurden Projekte für die Umschulung oder Weiterqualifikation von Personen, wie z.B. das Projekt [Job plus Ausbildung, Pflege Zukunft](#)

[Wien](#) oder [Quereinstieg in die Elementarpädagogik](#). All diese Angebote richten sich auch an Menschen mit Migrationshintergrund. In Städten wie Barcelona (z.B. [Barcelonactua](#)) und Graz (z.B. [IKEMBA](#) und [ZEBRA](#)) gibt es spezielle Programme für die Integration von Migrant:innen und benachteiligten Gruppen, um ihre soziale Teilhabe zu fördern. Diese Programme bieten sowohl soziale Unterstützung als auch Bildungs- und Gesundheitsservices.

### **b. Förderung einer inklusiven Stadtplanung**

Eine sorgende Stadt verfolgt eine inklusive Stadtplanung, die auf die Bedürfnisse aller Bewohner:innen abgestimmt ist, insbesondere der sozial und ökologisch benachteiligten Gruppen. Ansatzpunkte dafür sind:

- **Sicherstellen von Barrierefreiheit und Inklusion:** Städte müssen sicherstellen, dass öffentliche Räume, Verkehrswege und Dienstleistungen für alle zugänglich sind, einschließlich Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen und anderen vulnerable Gruppen.
- **Wohnraum für alle:** Der Zugang zu bezahlbarem und gesundem Wohnraum muss gewährleistet werden, auch für arme oder obdachlose Menschen. Eine sorgende Stadt setzt sich für Inklusion im Wohnungsbau ein und fördert die Schaffung von ausreichend leistbaren Wohnungen, die für alle Menschen zugänglich sind.
- **Multifunktionale Räume:** Städte sollten multifunktionale, gemeinschaftlich genutzte Räume schaffen, die als Treffpunkte für die lokale Gemeinschaft dienen und gleichzeitig die soziale Integration fördern.

Wien integriert seit Jahrzehnten geschlechtergerechte Ansätze in die Stadtplanung. Studien zeigen, dass Frauen Räume oft anders nutzen als Männer. Deshalb integriert die Stadt in der Planung z. B. von Parks, Spiel- als auch Rückzugsräume, und setzt Maßnahmen wie gut beleuchtete Wege und übersichtliche Gestaltung, um das Sicherheitsgefühl, insbesondere für Frauen zu fördern. Wien ist im Bereich leistbaren Wohnraums mit den vielen [Gemeindewohnungen](#), und einem großen Sektor an Genossenschaftswohnungen und gemeinschaftlich verwalteten Wohnprojekten ein Vorreiter in Europa. Ende November wurde bekannt, dass Wien den „[Access City Award 2025](#)“ gewonnen hat, der von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Behindertenforum vergeben wird. Er geht an Städte, die „erhebliche Anstrengungen unternehmen, für Menschen mit Behinderungen barrierefreier zu werden“.

### **c. Förderung von Nachbarschaften, lokalen Netzwerken und ehrenamtlichem Engagement**

Sorgende Städte setzen auf die **Stärkung von Nachbarschaften, lokalen Netzwerken und ehrenamtlichem Engagement**. Sie fördern eine Kultur des Teilens und der gegenseitigen Hilfe. Dazu zählen:

- **Bürger:innenbeteiligung, Mitbestimmung und Demokratisierung:** Die Stadtbewohner:innen sollen aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, insbesondere in Bezug auf soziale Fragen, die ihre Lebensqualität betreffen. Bürger:innenforen, Beratungsgremien und regelmäßige Dialoge zwischen Verwaltung und Bürger:innen sind dabei essenziell.
- **Förderung von Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe:** Städte können Netzwerke von ehrenamtlichen Helfer:innen schaffen, die bei der Betreuung von älteren Menschen, in der Kinderbetreuung oder bei der Unterstützung von Migrant:innen und sozial

benachteiligten Gruppen helfen. Diese Strukturen müssen in bezahlte Strukturen eingebettet und mit ihnen verzahnt sein. Die Förderung ehrenamtlicher Netzwerke darf jedoch nicht als Strategie verfolgt werden, bei der ausgebildete Fachkräfte in Zeiten von knappen Kassen ersetzt werden und ehrenamtliche Akteure als Lückenbüßer fungieren.

- **Kooperative Modelle und Sozialunternehmen:** Die Unterstützung von Kooperativen und sozial orientierten Unternehmen, die für das Gemeinwohl arbeiten, fördert eine nachhaltige, sorgende Wirtschaft.

In der [Stadt Reykjavik](#) wird die Bürger:innenbeteiligung durch regelmäßige Konsultationen und öffentliche Foren gefördert, bei denen Bürger:innen ihre Anliegen zu sozialen Fragen direkt einbringen können. In Wien gibt es mit dem [ACHTSAMEN 8](#) ein Projekt an der Schnittstelle zur Förderung von Nachbarschaftshilfe und Sorgearbeit (Caring Community – sorgende Nachbarschaften). Seit 2020 wurde in der Josefstadt eine sorgende Gemeinschaft auf- und ausgebaut – von und für Menschen, die im Bezirk leben und/oder arbeiten. Begegnungsformate, Initiativen und Projekte für mehr Miteinander, Solidarität, Nachbarschaftshilfe, Mobilität für alte Menschen und Demenz-Betroffene und neue Bilder zu Alter und Demenz sind entstanden. Ziel in der nächsten Phase ist es, jene Josefstädter:innen verstärkt in das lokale Sorgenetz zu integrieren, die aufgrund ihrer prekären ökonomischen Situation, ihrer Migrations- und Fluchtgeschichte oder anderer „Merkmale“ von der Mehrheitsgesellschaft marginalisiert und von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden. Eine Community ist erst dann eine Caring Community, wenn sich in ihr die Diversität, die es in dieser Community gibt, abbildet. Darüber hinaus gibt es im Kontext der Gebietsbetreuung weitere Ansätze in diese Richtung.

Die Projekte der [Stadtteilarbeit der Caritas Wien](#) zielen ebenso auf soziale Nachbarschafts- und Quartiersentwicklung ab, mit dem Ziel soziale Gerechtigkeit und Inklusion sowie die Mitbeteiligung und Mitgestaltung der Bewohner:innen von Stadtteilen zu befördern.

Vor kurzem wurde auch das [Büro für Mitwirkung](#) der Stadt Wien eröffnet. Es ist eine Anlaufstelle für die aktive Mitgestaltung der Stadt und bietet vielfältige Angebote und Projekte für alle, die zu einer lebendigen Demokratie in Wien beitragen möchten. Zudem wurde die Stadt Wien 2025 zur Demokratiehauptstadt auserkoren.

Für die bessere Einbindung von Bewohner:innen bei der Erhebung des Bedarfs und Entwicklung von Lösungsvorschlägen etabliert sich zunehmend der Ansatz von „Care-Räten“. Die FH St.Pölten und die Uni Wien haben hier Pilot-Care Räte in drei Gemeinden durchgeführt. Die Ergebnisse werden in Bälde auf [www.care-r.at](http://www.care-r.at) veröffentlicht.

#### **d. Förderung der sozialen Gerechtigkeit und Bekämpfung von Ungleichheit**

Eine sorgende Stadt geht aktiv gegen soziale Ungleichheit und Diskriminierung vor, um sicherzustellen, dass alle Bewohner:innen Zugang zu den gleichen Chancen und Ressourcen haben. Dazu zählen:

- **Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung:** Programme zur Armutsbekämpfung, wie bedarfsgerechte Sozialhilfe, Arbeitsmarktintegration und Unterstützung von benachteiligten Gruppen, sind unerlässlich.
- **Gleichberechtigung und Antidiskriminierung:** Städte sollten Maßnahmen zur Förderung der Gleichberechtigung ergreifen und Diskriminierung aufgrund von

Geschlecht, Ethnizität, Religion, sexueller Orientierung oder anderen Merkmalen bekämpfen.

- **Zugang zu lebenslangem Lernen:** Chancengleichheit wird auch durch den Zugang zu Bildung und Weiterbildung über den gesamten Lebenszyklus hinweg gefördert.

Die Stadt Köln hat ein umfangreiches Konzept zur Bekämpfung von sozialer Ungleichheit und zur Förderung der Integration von Migrant:innen ([Konzept zur integrativen Stadtentwicklung](#)) entwickelt. Dazu gehören Sprachkurse, soziale Beratung und Programme zur beruflichen Integration. Auch in Wien gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen in diesem Bereich.

#### **e. Sicherung von Pflege- und Unterstützungsdiensten**

Eine der grundlegenden Säulen einer sorgenden Stadt ist die Bereitstellung von Pflege- und Unterstützungsdiensten für diejenigen, die auf regelmäßige Hilfe angewiesen sind.

- **Gemeindenahe Pflege:** Unterstützung von pflegebedürftigen Menschen im häuslichen Umfeld oder in betreuten Wohneinrichtungen. Hier können Pflegeeinrichtungen eng mit lokalen Gemeinschaften zusammenarbeiten, um eine personenzentrierte Pflege zu gewährleisten.
- **Altenpflege und Unterstützung für behinderte Menschen:** Förderung von Programmen zur Unterstützung von Senioren und Menschen mit Behinderungen, wie z.B. Pflegedienste, Freizeitangebote und Gesundheitsversorgung.

Wien investiert stark in soziale Infrastruktur wie Pflege und Altenbetreuung. Der [Fonds Soziales Wien](#) und die [Wiener sozialen Dienste](#) bieten eine Vielzahl an Unterstützungsleistungen und -programmen an. Mit [Projekten für Mehrgenerationen Wohnen](#) unterstützt Wien innovative Wohnformen, die generationsübergreifendes Leben und gegenseitige Unterstützung fördern. Das Projekt ACHTSAMER 8. ist ein in Projekt, welches auf dem Ansatz der Caring Community aufbaut.

In [Stockholm](#) gibt es zahlreiche Angebote für die Altenpflege und für Menschen mit Behinderungen, die in enger Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen und Vereinen angeboten werden. Pflege wird zunehmend in die Gemeindestruktur integriert, sodass Pflegebedürftige möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können.

#### **f. Förderung von Umweltgerechtigkeit und sozialer Nachhaltigkeit**

Die Sorge für den Menschen schließt auch die Sorge für die Umwelt mit ein. Eine sorgende Stadt sorgt für eine umweltgerechte und gesunde Lebensweise.

- **Zugang zu grünen und sicheren Lebensräumen:** Umweltfreundliche Stadtgestaltung, die den Zugang zu grünen Flächen, sauberer Luft und Wasser für alle Stadtbewohner:innen gewährleistet.
- **Umweltgerechte Infrastruktur:** Förderung von nachhaltigen und umweltfreundlichen Wohn- und Mobilitätslösungen, von Energieeffizienz bis zur Förderung von Recycling und Abfallvermeidung.
- **Umweltbildung und Aufklärung:** Städte sollten Aufklärungsprogramme zur Förderung eines umweltbewussten Lebensstils anbieten, z.B. durch öffentliche Kampagnen, Bildungsprogramme in Schulen und Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene.



[Portland, Oregon](#), hat eine sehr starke Ausrichtung auf umweltgerechte Stadtplanung und grüne Infrastruktur und tut dies bereits seit den 70er Jahren. Sie verfolgen dabei eine „Smart Growth Strategie“. Portland fördert die nachhaltige Nutzung von Ressourcen und hat eine Reihe von Programmen zur Unterstützung sozial benachteiligter Gruppen in städtischen Klimaprojekten. Wien verfügt über eine [Smart City Strategie](#), mit der gezielt der öffentliche Verkehr, die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung und Energiegewinnung bis hin zur Begrünung der Stadt vor dem Hintergrund des Klimawandels vorangetrieben wird (mehr dazu im nächsten Kapitel).

**Fazit:**

Die Umsetzung einer sorgenden Stadt erfordert eine ganzheitliche und integrative Herangehensweise, bei der soziale Gerechtigkeit, gerechte Verteilung von Sorgearbeit, Zugänglichkeit und Nachhaltigkeit in allen Bereichen der Stadtentwicklung berücksichtigt werden. Wichtige Bausteine sind die Schaffung einer inklusiven Infrastruktur, die Förderung von Mitbestimmungsmöglichkeiten und demokratischen Beteiligungsverfahren, Bürger:innenbeteiligung und Ehrenamt, sowie der Aufbau von Unterstützungsnetzwerken, die allen Bürger:innen Zugang zu den notwendigen sozialen Dienstleistungen und Ressourcen bieten. Solche Städte schaffen Räume, in denen Fürsorge und gegenseitige Verantwortung im Zentrum des städtischen Lebens stehen.

### 3. Das Konzept der klimafreundlichen Städte

Städte und Stadtregionen sind von den Folgen des Klimawandels besonders betroffen und gleichzeitig wesentliche Verursacher des Klimawandels. Sie tragen einerseits durch die Produktion von Treibhausgasen aus Verkehr, Energie- und Wärmeproduktion und der Industrie wesentlich zum Klimawandel bei. Andererseits gelten Städte und urbane Räume durch die hohe Dichte in der Besiedlung, die Konzentration an Vermögenswerten und kritischer Infrastruktur als besonders anfällig für die Folgen des Klimawandels. Der Klimawandel wirkt sich schon heute auf die Städte aus, und die Auswirkungen werden stärker. Zu den wichtigsten Aspekten gehören steigende Temperaturen und Hitzestress, Extremwetterereignisse, wie z.B. Starkregen, Stürme oder Überschwemmungen an Flüssen, und die Versorgungssicherheit und Qualität von Wasser und Lebensmitteln.

**Klimafreundliche Städte** konzentrieren sich darauf, den Klimawandel zu bekämpfen, den urbanen Raum an die Klimaveränderungen anzupassen, die Umwelt zu schützen und gleichzeitig die Lebensqualität ihrer Bewohner:innen zu verbessern. Klimafreundliche Städte setzen auf nachhaltige Praktiken in der Stadtplanung, Infrastruktur, Mobilität und Ressourcennutzung, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß drastisch bzw. mittelfristig (bis 2040 bzw. 2050) auf null zu reduzieren und die Städte für zukünftige Generationen lebenswert zu gestalten. Sie streben einen effizienten Umgang mit natürlichen Ressourcen an, um den Verbrauch von Energie und Wasser zu minimieren und Abfall zu vermeiden. Und sie streben an, ihre Resilienz gegenüber Klimafolgen zu stärken. Dazu gehört der Schutz vor extremen Wetterereignissen, die Verbesserung der Luftqualität und die Schaffung eines gesunden, lebenswerten Stadtklimas. Um diese Ziele zu erreichen, integrieren klimafreundliche Städte den Umwelt- und Klimaschutz in alle Aspekte des urbanen Lebens und streben nach einer Balance zwischen menschlichen Bedürfnissen und ökologischer Verantwortung. Sie fördern Forschung und innovative Lösungen, die helfen, das Klima zu schützen. Dazu gehört auch die Entwicklung neuer, umweltfreundlicher Technologien und die Förderung grüner Arbeitsplätze.

Stadt Wien strebt Klimaneutralität, also eine Reduktion der Treibhausgasemissionen auf netto null, bis 2040 an. Sie hat dafür einen Klimafahrplan 2040 vorgelegt. Darauf aufbauend hat sie eine [Smart City Strategie](#) entwickelt, ein langfristiges Konzept für eine energieeffiziente, ressourcenschonende und lebenswerte Stadt.

#### **Strategien zur Umsetzung klimafreundlicher Städte**

Klimafreundliche Städte verfolgen eine umfassende Strategie, um die Klimaziele zu erreichen – so auch Wien. Diese sehen vor, Klimaschutzmaßnahmen wie z.B. die Sanierung des Gebäudebestands, die Umstellung auf erneuerbare Energiequellen, umweltfreundliche Mobilität und grüne Stadtplanung zu verbinden. Sie kombinieren im Idealfall technologische Innovationen mit einer sozialen und ökologischen Perspektive, um eine lebenswerte und klimafreundliche Zukunft für alle Bewohner:innen zu gestalten. Hier sind einige zentrale Maßnahmen und Initiativen entlang der zentralen Strategien zur Umsetzung klimafreundlicher Städte:

#### **a) Förderung von erneuerbaren Energien, Verbesserung der Energieeffizienz und Verringerung des fossilen Energieverbrauchs**

Das erfolgt beispielsweise durch den Ausbau von Solarenergie, Windkraft und

Geothermie. Wien fördert den Ausbau von Solar- und Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden und in Wohngebieten und arbeitet an der Nutzung von Geothermie und Wärmerückgewinnung. Im Bereich Fernwärme ist Wien Vorreiter im Einsatz von umweltfreundlicher Fernwärme, die u.a. aus Abwärme und erneuerbaren Quellen gewonnen wird. Es wird auch am Ausbau von Fernkälte gearbeitet, der den Energieverbrauch für Klimatisierung senkt.

**b) Ausbau nachhaltiger, öffentlicher Mobilität**

Der Verkehrssektor ist ein großer Verursacher von Emissionen. Klimafreundliche Städte fördern daher umweltfreundliche Verkehrsmittel wie den öffentlichen Nahverkehr, die Nutzung von Fahrrädern und E-Mobilität. Dies erfolgt durch den Ausbau von Radwegen, die Schaffung von Carsharing-Angeboten und die Förderung von Elektrofahrzeugen. Fußgängerfreundliche Stadtgestaltung ist ebenfalls ein wichtiger Bestandteil. Die Stadt Wien investiert laufend in den Ausbau der Wiener Linien, einem leistungsfähigen, dichten Netz aus U-Bahnen, Straßenbahnen und Bussen sowie Fahrrädern. Das 365-Euro-Jahresticket macht den öffentlichen Verkehr attraktiv und kostengünstig. Laufend wird auch die Fahrradinfrastruktur ausgebaut (Radwege und Fahrradabstellplätze). Es gibt Initiativen wie „[Grätzl-Räder](#)“, die das Teilen von Lastenrädern fördern, ebenso wie Carsharing. Die Stadt fördert [Pilotprojekte für emissionsfreie Lieferungen](#), z. B. mit Lastenrädern und weitet laufend die Etablierung von Begegnungszonen und autofreien Bereichen aus. Auch die Stärkung der Nahversorgung – also die Möglichkeit von Bewohner:innen möglichst viele ihrer alltäglichen Erledigungen in fußläufiger Nähe ([15 Minuten Stadt](#)) machen zu können – unterstützt nachhaltige Mobilität und reduziert Mobilitätsbedarfe.

**c) Ausbau grüner Infrastruktur und Naturschutz**

Eine klimafreundliche Stadt fördert grüne Infrastruktur wie Parks, Gärten, [urbane Wälder](#) und begrünte Dächer, die nicht nur zur Verbesserung des Stadtklimas beitragen, sondern auch die Luftqualität verbessern, den Temperaturanstieg verringern und die Biodiversität fördern. Bäume und Pflanzen wirken als natürliche Klimaanlage, indem sie CO<sub>2</sub> absorbieren und Schatten spenden. Bereits 53% des Wiener Stadtgebiets ist grün. Es werden laufend weitere Maßnahmen gesetzt um dieses Grün zu schützen und auszuweiten u.a. durch [urbane Miniwälder](#), Parks und grünen Fassaden, die Neupflanzung von schattenspendende Bäume, Trinkbrunnen und kühlende Wasserflächen, mit dem Ziel das Mikroklima und die Lebensqualität der Bewohner:innen zu verbessern. Die Stadt arbeitet an der Umsetzung des [Schwammstadt-Prinzips](#). Dabei werden versickerungsfähige Flächen geschaffen, um besseres Regenwassermanagement betreiben zu können und um Überhitzung und Überschwemmungen entgegenzuwirken.

**• Förderung von energieeffizienten Gebäuden und Stadtplanung**

Klimafreundliche Städte setzen auf energieeffiziente Gebäude, die den Energieverbrauch minimieren. Dies wird durch den Einsatz von modernen Isolierungen, Solarzellen auf Dächern, grünen Fassaden und smarten Heiz- und Kühlsystemen erreicht. Dabei setzen Stadtplaner auf eine kompakte Bauweise, die kurze Wege ermöglicht und den Bedarf an Auto- und Energieverbrauch verringert. Wien fördert die thermische Sanierung von Altbauten, den Tausch von Fenstern oder

die Installierung von Sonnenschutz. Bei Neubauten gibt es strenge Energieeffizienzstandards zu erfüllen. Es werden nur energieeffiziente Wohnbauprojekte mit geringem Energieverbrauch ([Passivhaus-Standard](#)) gefördert, ebenso wie gemeinschaftliche Wohnformen, die Nachhaltigkeit und Gemeinschaft kombinieren, wie z.B. die „[Aspern Seestadt](#)“ – ein nachhaltiges Stadtentwicklungsgebiet mit Fokus auf Energieeffizienz, erneuerbare Energien und umweltfreundliche Mobilität.

**d) Stärkung von Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschonung**

Klimafreundliche Städte setzen auf [Kreislaufwirtschaft](#). Es geht darum eine nachhaltige Produktpolitik zu fördern, die sicherstellt, dass die erzeugten Produkte so lange wie möglich genutzt, wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt werden. Abfall wird als Ressource betrachtet, und städtische Abfallwirtschaftssysteme werden so gestaltet, dass sie Materialien und Energie effizient zurückgewinnen. Das reduziert den ökologischen Fußabdruck einer Stadt. Auch in diesem Bereich ist Wien teilweise Vorbild. Wien hat eines der effizientesten Abfalltrennsysteme Europas. Bis 2050 will Wien das [Zero Waste Ziel](#) – also eine vollständige Abfallverwertung – erreichen u.a. mit Maßnahmen zur Abfallvermeidung (u.a. Ausbau des Reparaturnetzwerks, Forcierung von Mehrwegprodukten und -verpackungen, Beratung von Betrieben bei Ressourcenschonung), Abfallreduktion (z.B. Programme zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen in Großküchen) und Abfallwiederverwertung. Projekte wie der [48er-Tandler](#) fördern die Wiederverwendung von Möbeln und anderen Produkten. Wien fördert auch den Einsatz von Recyclingmaterialien im Bauwesen.

**e) Wassermanagement und Klimaanpassung**

Angesichts der zunehmenden Wetterextreme durch den Klimawandel müssen klimafreundliche Städte ihre Infrastruktur auf den Umgang mit extremen Wetterereignissen wie Starkregen oder Hitzewellen ausrichten. Dazu gehören wassersparende Technologien, intelligente Bewässerungssysteme, Regenwassernutzung und die Entsiegelung von Flächen zur Verbesserung (Schwammstadt) der natürlichen Wasserversickerung. Zudem hat Wien für eine gute Versorgung mit Trinkwasser die „[Wiener Wasser Strategie 2050](#)“ entwickelt. Ziel ist es, Wasser als wichtigstes Lebensmittel langfristig für Wien zu sichern. Die Strategie umfasst den gesamten Weg des Trinkwassers – von den Bergen bis zu den Haushalten und enthält u.a. Maßnahmen des Ausbaus der Wasserversorgung, da die Stadt wächst, die Modernisierung der Infrastruktur oder Krisenvorsorge.

**f) Partizipation und Bewusstseinsbildung**

Klimafreundliche Städte integrieren die Bürger:innen aktiv in den Prozess der Klimaschutzmaßnahmen. Aufklärung und Beteiligung sind entscheidend, damit die Stadtbewohner:innen umweltfreundliche Praktiken im Alltag annehmen, wie etwa Mülltrennung, Energiesparen und den Einsatz öffentlicher Verkehrsmittel. In Wien gibt es [Programme in Schulen](#) und für die breite Bevölkerung, um das Bewusstsein für Klimaschutz zu stärken. Das schon oben erwähnte Büro für Mitwirkung fördert die Bürger:innenbeteiligung bei Projekten. Die Stadt Linz fördert das Projekt „[Klimasoziales Linz](#)“ im Rahmen dessen Bewohner:innen Ideen für Verbesserungen ihrer Stadtteile mit kreativen Methoden erarbeiten.

**Fazit:**

Klimafreundliche Städte sind ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Zukunft und lebensfreundlichen urbanen Räumen. Sie stellen sicher, dass die Bedürfnisse der Stadtbewohner:innen erfüllt werden, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu gefährden. Durch den Einsatz von grüner Technologie, umweltbewusster Stadtplanung und der Förderung nachhaltiger Lebensweisen tragen diese Städte dazu bei, den Klimawandel zu bekämpfen, die Lebensqualität zu verbessern und die Umwelt zu schützen. Sie sind Vorbilder für eine urbane Zukunft, die im Einklang mit der Natur steht und die Lebensgrundlagen für alle bewahrt, jedoch stehen auch klimafreundliche Städte einem weiteren Wirtschaftswachstum kaum kritisch gegenüber. Viele Umweltprobleme sind aber durch Wirtschaftswachstum getrieben und neue Technologien befördern in der Regel umweltschädliches Wirtschaftswachstum. Sie erfordern ein großes Ausmaß an Rohstoffen, deren Abbau weitere Umweltschäden und CO<sub>2</sub> Emissionen verursachen, dort wo diese abgebaut werden. Ein Umdenken beispielsweise in Richtung einer Post-Wachstums-Planung ist bislang selten erkennbar. Offen bleibt daher, inwieweit klimafreundliche Städte ihre Strategien und Maßnahmen in diesem Bereich mit Blick auf mögliche soziale und ökologische Folgen für Städte und Regionen v.a. aber nicht nur im Globalen Süden abschätzen und allenfalls ihre Strategien bei negativen Auswirkungen anpassen.

## 4. Das Konzept der Menschenrechtsstädte

Eine Menschenrechtsstadt zu sein bedeutet, dass sich die Städte und Gemeinden, lokale Basisorganisationen und die Bewohner:innen einer Stadt in einer Erklärung dazu verpflichten, internationale Menschenrechtsstandards und -normen zu wahren und sich gemeinsam für deren Verwirklichung einzusetzen. Der Begriff "Menschenrechtsstadt" bezieht sich also auf Städte, die sich aktiv der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte auf lokaler Ebene verschreiben. Diese Städte ergreifen Maßnahmen, um diese Standards zu erfüllen und eine auf Rechten basierende Politik zu einer Vielzahl von Themen zu entwickeln, um so zur Wahrung und Förderung der Menschenrechte beizutragen. Menschenrechtsstädte implementieren menschenrechtliche Prinzipien in ihrer Verwaltung und Politik und bieten ein Umfeld, das die Rechte und die Würde aller Menschen wahrt. Sie verpflichten sich, Menschenrechte als Grundlage ihrer städtischen Entwicklung zu fördern und sicherzustellen, dass alle Bewohner:innen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder anderen Merkmalen, Zugang zu gleichen Rechten und Chancen haben. Menschenrechtsstädte setzen sich dafür ein, soziale Ungleichheit zu verringern und gleiche Rechte und Chancen für alle Bewohner:innen zu gewährleisten. Sie arbeiten aktiv daran, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und sicherzustellen, dass Menschen, die ihre Rechte verletzt sehen, Unterstützung finden. Sie fördern eine Kultur der Toleranz und der Anerkennung von Vielfalt, in der alle Kulturen und Lebensweisen respektiert werden. Sie schaffen ein inklusives Umfeld, in dem alle Bürger:innen in der Gesellschaft gleichwertig teilnehmen können, unabhängig von ihrer Herkunft oder sozialen Stellung.

Auf der Wiener Weltkonferenz der Vereinten Nationen im Jahr 1993 wurde erstmals die Verantwortung der Städte für die Sicherung der Menschenrechte thematisiert. Im Anschluss an die Konferenz kam es weltweit zur Gründung von Menschenrechtsstädten. Die erste

Menschenrechtsstadt war Rosario in Argentinien, welche 1997 gegründet wurde. Seitdem wurde sie von vielen weiteren Stadtverwaltungen weltweit umgesetzt, unter anderem in Porto Alegre (Brasilien), Jakarta (Indonesien), Gwangju und Seoul (Südkorea), York (Vereinigtes Königreich) und Washington, D.C. (Vereinigte Staaten). In der EU wird die Initiative bereits in Städten wie Graz, Salzburg und Wien (Österreich), Turin (Italien), Middelburg und Utrecht (Niederlande), Barcelona und Valencia (Spanien) und Lund (Schweden) umgesetzt. Weitere Städte wie Turku (Finnland) arbeiten derzeit auf ihren Status als Menschenrechtsstadt hin.

Menschenrechtsstädte verfolgen das Anliegen, das Wissen um die Menschenrechte zu den Menschen zu bringen, mögliche problematische Entwicklungen besser und rascher zu erkennen und wirksamer zu bekämpfen und die Menschen zu befähigen, sich für Menschenrechte einzusetzen.

### **Strategien zur Umsetzung von Menschenrechtsstädten**

Wien ist seit Dezember 2014 Menschenrechtsstadt. Die Stadt versteht diesen Titel als Verpflichtung, die Menschenrechte auf lokaler Ebene aktiv zu fördern, umzusetzen und in alle Lebensbereiche zu integrieren. Dies umfasst eine breite Palette von Initiativen, die soziale Gerechtigkeit, Inklusion und Partizipation in den Mittelpunkt stellen. Bei der Umsetzung orientiert sich das Menschenrechtsbüro an folgenden vier Grundsätzen:

- Teilhabe am und Zugang zum Entscheidungsprozess (participation)
- Nichtdiskriminierung und Gleichheit (non-discrimination and equality)
- Rechenschaftspflicht, Verantwortlichkeit, Rechtsstaatlichkeit (accountability)
- Transparenz und Zugang zu Information (transparency)

Zu den wichtigsten Maßnahmen und Ansätze für die Umsetzung zählen:

- a) Verankerung der Verpflichtung zu universellen Menschenrechten auf Stadtebene**  
Diese Verankerung erfolgt durch die Erklärung zur Menschenrechtsstadt. Wien hat 2014 mit der Erklärung zur Menschenrechtsstadt anerkannt, dass Menschenrechte universell und lokal umsetzbar sind, und verpflichtet sich selbst diese aktiv zum zu setzen. 2015 wurde das [Wiener Menschenrechtsbüro](#) eröffnet. Dieses koordiniert das Querschnitt-Thema Menschenrechte und macht das Engagement der Stadt nach außen sichtbar. Es entwickelt und setzt Maßnahmen um, fördert Kooperationen und sensibilisiert für menschenrechtsbasierte Ansätze in Politik und Verwaltung. Dabei arbeitet es mit vielen NGOs, Menschenrechtsorganisationen und internationalen Partnern zusammen, um globale Standards lokal umzusetzen. Abgesehen von der Verankerung der Menschenrechte auf Ebene der Stadt, gibt es bereits mehrere [Bezirke](#), die das auch umsetzen, wie die Leopoldstadt, Landstraße, Mariahilf, Neubau, Josefstadt, Alsergrund, Favoriten und Meidling. Wien versucht als Menschenrechtsstadt ein klares Zeichen für soziale Gerechtigkeit und setzt praktische Maßnahmen zu setzen, um die Rechte aller Menschen zu schützen und zu fördern. Die ganzheitliche Herangehensweise macht Wien zu einem Vorbild in Europa.
- b) Förderung von Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung**  
In einer Menschenrechtsstadt wird aktiv für die Gleichbehandlung aller Menschen gearbeitet. Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Religion,

sexueller Orientierung, Behinderung oder sozialen Status wird abgelehnt. Das Prinzip der Inklusion und Chancengleichheit steht im Mittelpunkt aller politischen und sozialen Maßnahmen. Wien ist Heimat für Menschen aus über 180 Nationen und fördert z.B. mit dem Integrationsprogramm "[Start Wien](#)" und [Migrant. Beratungszentrum für Migrantinnen und Migranten](#) die soziale und kulturelle Eingliederung von Neuzuwander:innen. Mit dem Projekt „[Hunger auf Kunst und Kultur](#)“ erhalten einkommensschwachen Menschen den kostenlosen Zugang zu kulturellen Veranstaltungen.

c) **Förderung von demokratischer Teilhabe**

Menschenrechtsstädte fördern die Beteiligung ihrer Bürger:innen an politischen Prozessen. Sie sorgen dafür, dass alle Menschen, einschließlich marginalisierter Gruppen, die Möglichkeit haben, an Entscheidungen teilzuhaben und ihre Meinung zu äußern. Partizipation und die Wahrung der Meinungsfreiheit sind grundlegende Werte. Wien ermöglicht Menschen ohne österreichischen Pass, sich politisch und gesellschaftlich einzubringen, etwa über Migrant:innenvertretungen. Darüber hinaus fördert Wien partizipative Prozesse, damit Bürger:innen an der Stadtentwicklung und Entscheidungsfindung mitwirken können. Das bereits erwähnte Büro für Mitwirkung spielt hier eine wichtige Rolle. Wien fördert auch Bildungsprogramme und Veranstaltungen, wie z.B. [MOOC-Serie Demokratie MOOC](#) – kurz DeMOOC – eine kostenfreie Onlinekurs-Serie. Das ist eine offen zugängliche und digitale demokratiepolitische Bildung für Erwachsene, die in einer Kooperation zwischen dem Verband Österreichischer Volkshochschulen und dem Demokratiezentrum Wien umgesetzt wird, mit dem Ziel das Bewusstsein für demokratische Werte und Menschenrecht stärken.

d) **Schutz von Minderheiten und vulnerablen Gruppen**

In einer Menschenrechtsstadt gibt es eigene Programme und Schutzmechanismen für schutzbedürftige oder benachteiligte Gruppen, wie z.B. Geflüchtete, Menschen mit Behinderungen, Obdachlose oder ethnische Minderheiten. Diese Gruppen sollen in die Gesellschaft integriert und vor Diskriminierung und Gewalt geschützt werden. Die Stadt betreibt Beratungsstellen wie die [Antidiskriminierungsstelle der Stadt Wien](#), die sich für die Gleichbehandlung von Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung einsetzt. Wien fördert Diversität und Inklusion durch den Beitritt zur österreichischen „[Charta der Vielfalt](#)“. Die Stadt betreibt Programme zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, unterstützt Frauenhäuser und fördert die Gleichstellung in allen Lebensbereichen. Wien bietet erschwinglichen Wohnraum durch sozialen Wohnbau und Notunterkünfte für Menschen in prekären Situationen und unterstützt benachteiligte Gruppen mit finanzieller Hilfe, Beratungen und sozialen Dienstleistungen. Mit dem Programm „[Housing First](#)“ werden obdachlose Menschen bei der langfristigen Rückkehr in stabile Wohnverhältnisse unterstützt. Wien nimmt auch die Rechte von Menschen mit Behinderung und älterer Menschen in den Blick und macht altersensible Stadtplanung. Barrierefreiheit, betreutes Wohnen und Seniorenberatungsstellen unterstützen ältere Menschen, ein aktives und würdevolles Leben zu führen. Projekte wie Mehrgenerationenhäuser fördern den Austausch zwischen Jung und Alt und verhindern soziale Isolation. Wie schon oben erwähnt erhält Wien den „[Access City](#)“

[Award 2025](#)“ als Anerkennung für die vielen gesetzten Maßnahmen.

e) **Bildung und Aufklärung über Menschenrechte**

Menschenrechtsstädte legen großen Wert auf Bildung und Aufklärung in Bezug auf Menschenrechte. Sie fördern das Bewusstsein und Verständnis der Bürger:innen für ihre eigenen Rechte und die Rechte anderer und bieten Schulungen, Veranstaltungen und Initiativen an, um das Thema Menschenrechte zu stärken. Wien finanziert z.B. über die sogenannte [“Wiener Mutmillion“](#) eine Reihe von Förderprogramme in Schulen und kostenlose Kinderbetreuung, um Chancengleichheit, unabhängig von sozialem Hintergrund zu ermöglichen. Wien berücksichtigt Kinderrechte in der Gestaltung von Stadtteilen, beispielsweise durch sichere Spielplätze und Beteiligung von Kindern in Entscheidungsprozessen und fördert Initiativen, die Jugendlichen in schwierigen Lebenssituationen Perspektiven bieten, etwa durch Bildungs- und Freizeitangebote. Seit 2019 setzt das Menschenrechtsbüro in drei Menschenrechtsbezirken Wiens (Neubau, Favoriten und Meidling) ein [Projekt im Bereich Menschenrechtsbildung und Partizipation](#) um. Damit soll die lokale Verankerung und das Bewusstsein der Bürger:innen für die Menschenrechte durch gestärkt werden.

- f) **Recht auf Schutz und Sicherheit:** Die Stadtverwaltung sorgt dafür, dass alle Bewohner:innen ein Recht auf Sicherheit haben und vor Gewalt und Diskriminierung geschützt sind. Hierzu gehören beispielsweise Maßnahmen gegen Polizeigewalt, der Zugang zu rechtlichem Beistand für alle und die Förderung von friedlichen, sicheren Gemeinschaften. Neben den Maßnahmen für von Gewalt betroffene Frauen (Frauenschutzhäuser z.B.), bietet Wien Unterkünfte und Beratungsdienste für Geflüchtete und Asylsuchende und ermöglicht geflüchteten Menschen den Zugang zu Sprachkursen, Ausbildung und Arbeitsmarktintegration.

**Fazit:**

Eine Menschenrechtsstadt ist ein urbaner Raum, der sich der Umsetzung und Förderung der Menschenrechte verschrieben hat. Sie strebt danach, eine inklusive, gerechte und sichere Umgebung für alle Stadtbewohner:innen zu schaffen, in der soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und der Schutz von Minderheiten im Vordergrund stehen. Städte, die sich als Menschenrechtsstädte verstehen, sind aktiv darin, diskriminierende Strukturen abzubauen und die universellen Menschenrechte in allen politischen und sozialen Bereichen zu integrieren. Offen bleibt dabei, inwieweit in „Menschenrechtsstädten“ die Folgen städtischer Entscheidungen im Bereich der Stadtplanung, der Stärkung von lokalen Infrastrukturen oder lokaler Wirtschaftspolitik auf den Schutz der Menschenrechte in anderen Erdteilen und in anderen Städte abgeschätzt werden und die Reflexion darüber befördert wird.



## 5. Schnittstellen zwischen sorgenden Städten, Menschenrechtsstädten und klimafreundlichen Städten

Die Schnittstellen und Überschneidungen zwischen sorgenden Städten, Menschenrechtsstädten und klimafreundlichen Städten sind vielfältig. Die Konzepte sind eng miteinander verknüpft. Alle drei Konzepte zielen darauf ab, Städte zu schaffen, die das **Wohl ihrer Bürger:innen fördern und gleichzeitig eine nachhaltige, gerechte und lebenswerte Umwelt gewährleisten**. Diese Schnittstellen ergeben sich aus gemeinsamen Zielen, wie der Förderung von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und der Verbesserung der Lebensqualität.

### a. Gleichberechtigung und Inklusion

Alle drei Konzepte betonen die Bedeutung der Inklusion und Gleichberechtigung.

- In **sorgenden Städten** geht es darum, dass alle Menschen, die notwendige Fürsorge und Unterstützung erhalten und Sorgearbeit gerecht verteilt wird. Dabei werden insbesondere auch benachteiligte oder vulnerable Gruppen, wie ältere Menschen, Migrant:innen oder Menschen mit Behinderungen in den Blick genommen.
- In **Menschenrechtsstädten** ist die Achtung und Förderung der Rechte aller Menschen zentral, wobei Diskriminierung bekämpft und die Rechte von Minderheiten geschützt werden. Ebenso geht es um den gleichen Zugang für alle zu Dienstleistungen und zur Stadt.
- **Klimafreundliche Städte** stellen ebenfalls die Inklusion in den Vordergrund, indem sie sicherstellen, dass alle Stadtbewohner:innen von den Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels profitieren – ohne benachteiligt zu werden, zum Beispiel durch Zugang zu sauberer Luft, sicherem Wohnraum und erschwinglichem öffentlichen Verkehr. Auch hier sind oft vulnerable Gruppen (ältere Menschen, Kinder, Menschen mit geringem Einkommen, die in dicht verbauten Gebieten wohnen), von den Auswirkungen des Klimawandels – wie z.B. Hitze – mehr betroffen.

### b. Gerechte Verteilung von Ressourcen und Chancen durch öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur

Alle drei Konzepte setzen sich für eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Chancen ein und arbeiten daran, dass niemand zurückgelassen wird, sei es in Bezug auf soziale Unterstützung, den Schutz von Rechten oder den Zugang einer gesunden, sicheren Umwelt. Der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen ist dabei ein zentrales Anliegen.

- **Sorgende Städte** garantieren den Zugang zu grundlegenden sozialen Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung, Pflegedienste und sozialer Unterstützung.
- **Menschenrechtsstädte** gewährleisten die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von rechtlichen, gesundheitlichen und sozialen Dienstleistungen, die die Menschenrechte ihrer Bürger:innen respektieren.
- **Klimafreundliche Städte** fördern umweltfreundliche und nachhaltige Infrastruktur, wie z.B. erneuerbare Energiequellen, nachhaltige Verkehrssysteme und grüne

Räume, die nicht nur dem Klima zugutekommen, sondern auch der Lebensqualität der Stadtbewohner:innen.

Alle drei Konzepte zielen darauf ab, eine inklusive und nachhaltige Infrastruktur zu schaffen, die den Zugang zu wichtigen Ressourcen für alle ermöglicht – seien es soziale Dienstleistungen, eine saubere Umwelt oder ein gerechter Zugang zu öffentlichem Verkehr, zu Klimaschutzmaßnahmen und dem öffentlichen Raum.

### c. Resilienz gegenüber Krisen und Katastrophen

Eine wichtige Schnittstelle ist die Resilienz von Städten gegenüber verschiedenen Krisen, wie sozialer Ungleichheit, gesundheitlichen Notlagen und klimatischen Extremen.

- **Sorgende Städte** fördern die Resilienz der Gesellschaft, indem sie soziale Netze stärken, die Unterstützung in Krisenzeiten bieten – sei es durch die Bereitstellung von Pflegeeinrichtungen, die Förderung von Caring Communities oder durch die Unterstützung von Familien.
- **Menschenrechtsstädte** stärken die Resilienz durch den Schutz der Rechte der Bürger:innen, sodass sie in Krisenzeiten ihre Rechte durchsetzen und Zugang zu Schutz und Unterstützung haben. Dabei ist das Empowerment der Bürger:innen durch Bewusstseinsbildung zum Thema Menschenrechte eine zentrale Strategie.
- **Klimafreundliche Städte** konzentrieren sich darauf, den Klimawandel zu bekämpfen und gleichzeitig die Resilienz der Stadt gegenüber Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Hitzewellen oder Stürmen zu erhöhen.

Alle drei Konzepte fördern eine Resilienz, die sowohl soziale als auch ökologische Dimensionen berücksichtigt. Sie tragen dazu bei, dass Städte in der Lage sind, gleichzeitig mit klimatischen Herausforderungen und mit sozialen und ökonomischen Krisen umzugehen.

### d. Partizipation und Bürgerbeteiligung

Ein weiteres gemeinsames Merkmal ist die Beteiligung „aller“ Bürger:innen an der Gestaltung der Stadtpolitik, der Stadtplanung und der Stadtentwicklung ebenso wie bei der Entwicklung und Umsetzung von innovativen Lösungen.

- **Sorgende Städte** fördern die Mitbestimmung der Bewohner:innen, insbesondere derjenigen, die auf soziale Unterstützung angewiesen sind.
- **Menschenrechtsstädte** setzen auf Bürgerrechte und Partizipation, indem sie die Menschen in Entscheidungsprozesse einbeziehen, um sicherzustellen, dass ihre Rechte gewahrt werden und ihre Stimmen gehört werden.
- **Klimafreundliche Städte** integrieren die Bürger:innen in Klimaschutzinitiativen, etwa durch Beteiligung an städtischen Klimaprojekten oder durch die Förderung von nachhaltigen Lebensstilen.

Alle drei Konzepte setzen auf aktive Bürgerbeteiligung und Partizipation, um eine demokratische und gerechte Stadtentwicklung zu ermöglichen, bei der die Bedürfnisse und Wünsche der Bewohner:innen berücksichtigt werden.

### e. Ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit

Ein zentrales Anliegen aller drei Ansätze ist die Verbindung von ökologischer Nachhaltigkeit mit sozialer Gerechtigkeit.

- **Sorgende Städte** arbeiten daran, dass auch sozial benachteiligte Menschen Zugang zu einer gesunden, sicheren Umwelt haben, z.B. durch Luftreinhaltung, den Zugang zu grünen öffentlichen Räumen und gesundem Wohnraum.
- **Menschenrechtsstädte** stellen sicher, dass Umweltschutzmaßnahmen die Rechte von sozial und wirtschaftlich benachteiligten Menschen nicht gefährden, sondern sie gleichzeitig von den positiven Effekten profitieren (z.B. durch verbesserte Lebensbedingungen und Gesundheitsversorgung).
- **Klimafreundliche Städte** setzen sich dafür ein, dass Klimaschutzmaßnahmen gleichzeitig sozial gerecht sind. Sie vermeiden, dass benachteiligte Gruppen unverhältnismäßig unter den Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen leiden, und sorgen dafür, dass alle Zugang von den Maßnahmen profitieren und dadurch eine höhere Lebensqualität erfahren.

Alle drei Modelle betonen, dass ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen müssen. Es geht darum, nachhaltige Lösungen zu finden, die sowohl dem Klima zugutekommen als auch die sozialen Bedürfnisse der Stadtbewohner:innen berücksichtigen. Kritische Perspektiven auf das Wirtschaftswachstum im Sinne von Degrowth oder Postwachstumsplanung werden in den drei Modellen jedoch, wenn überhaupt, nur am Rande berührt.

#### **Fazit:**

Die Schnittstellen zwischen sorgenden Städten, Menschenrechtsstädten und klimafreundlichen Städten zeigen, dass diese Konzepte nicht isoliert voneinander existieren, sondern sich vielmehr gegenseitig ergänzen. Eine wirklich nachhaltige und gerechte Stadtentwicklung muss soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Umweltbewusstsein miteinander verbinden. Städte, die diese drei Konzepte integrieren, schaffen resiliente, gerechte und lebenswerte Räume, die den Herausforderungen der Zukunft gewachsen sind und die Bedürfnisse aller ihrer Bewohner:innen – sowohl im Hinblick auf soziale Sicherheit als auch auf den Klimaschutz – berücksichtigen.

## 6. Fragestellungen, Ansatzpunkte & Empfehlungen für eine stärkere Verknüpfung der Konzepte

Mit Blick auf die vielfachen Schnittstellen dieser Konzepte, ergeben sich folgende Fragestellungen:

- Wie könnten die Konzepte grundsätzlich besser verknüpft werden, um so ihre Potentiale und Wirkungen zu verstärken und Synergien zu befördern? Wie könnte der Dialog darüber gefördert bzw. ermöglicht werden?
- Wie könnten die jeweiligen Maßnahmen, die innerhalb der jeweiligen Konzepte entwickelt werden, bereits in ihrer Konzeption auch die Blickwinkel und Zugänge der beiden anderen Konzepte integrieren bzw. mitdenken?
- Für welche Bereiche und auf welcher Ebene könnten gemeinsame Maßnahmen und Projekte entwickelt werden? Wo gibt es allenfalls bereits gute Erfahrungen, auf denen man aufbauen könnte?
- Wie könnte auch in der Kommunikation eine stärkere Verbindung der Konzepte erfolgen, in dem z.B. in den Konzepten der klimafreundlichen Stadt die Narrative der Menschenrechte oder sorgenden Stadt verwendet werden bzw. umgekehrt in den anderen ebenso?
- Wie können diese Konzepte nicht nur grundsätzlich besser miteinander verknüpft werden, sondern auch die Abschätzung möglicher negativer Folgen von städtischen Entscheidungen im Bereich Stadtplanung, Infrastrukturausbau oder lokale Wirtschaftspolitik für die Umsetzung von Menschenrechten, auf Klima- und Umweltschutz oder Sorgeinfrastrukturen in anderen Ländern und Regionen miteinbezogen werden?

Hier sind einige Vorschläge, wie diese Ansätze und die darauf basierenden Projekte besser integriert werden könnten:

### **1. Schaffung eines regelmäßigen Dialograums zwischen den Akteur:innen der Konzepte**

Ein regelmäßiger Austausch könnte das Kennenlernen der Konzepte und Zugänge ermöglichen und v.a. entlang von konkreten Projekten die Erarbeitung von integrierten Strategien befördern. Ein Startpunkt könnte sein, dass die jeweiligen Akteur:innen der Konzepte sich gegenseitig einladen um so innerhalb der eigenen Gruppe, das Wissen über diese Ansätze zu fördern und dabei gleichzeitig Ideen über die stärkere Verknüpfung zu erarbeiten. Im Falle von konkreten Projekten der jeweiligen Konzepte, könnte Feedback und Ergänzungen durch jene der anderen Perspektiven eingeholt werden. Hilfreich wäre hier auch ein strukturierter Austausch aller dieser Ansätze mit den Akteur:innen im Bereich Stadtplanung und Stadtentwicklung. Ebenso könnte so ein Austausch entlang von Prozesserfahrungen erfolgen: welche hilfreichen Methoden könnten ev. auch andere anwenden. So könnte der Austausch über Care-Räte, das Projekt Klimasozielles Linz oder das Bildungsprojekt ad Menschenrechtsstädte in den drei Menschenrechtsbezirken hilfreich sein.

Es könnte überlegenswert sein, darüber nachzudenken, ob die Einrichtung einer Koordinierungsstelle oder Plattform hilfreich wäre, die als Schnittstelle für Projekte aus verschiedenen Bereichen fungiert, Wissensaustausch fördert und Überschneidungen vermeidet.

## **2. Integration von Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit**

In allen Konzepten werden Strategien für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit verfolgt. Es könnten gemeinsame Bildungsangebote und Bildungsinitiativen etwa für/in Schulen, Jugendzentren oder Weiterbildungsprogrammen entwickelt werden, die die verschiedenen Ansätze und Konzepte stärker miteinander verknüpfen. Auch gemeinsame Kommunikationskampagnen, die aufzeigen, wie Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, gerechte Verteilung von Sorgearbeit und Menschenrechte miteinander verbunden sind, könnten die Akzeptanz und das Engagement der Bevölkerung erhöhen.

## **3. Nutzen von Technologie und Innovation, um Verbindungen stärker sichtbar zu machen**

Eine zentrale digitale Plattform könnte die verschiedenen Konzepte leicht verständlich sichtbar machen, deren Verbindungen zeigen, Orientierung für die Projekte schaffen und Bürger:innen und Initiativen miteinander vernetzen, z. B. für den Austausch von Ressourcen, Pflegebedarf oder klimafreundlichen Mobilitätslösungen.

## **4. Kooperation und Beteiligung fördern**

Hilfreich könnte auch sein, auszuloten, wo es Cross-Sektorale Partnerschaften geben könnte, und die Zusammenarbeit zwischen NGOs, der Wirtschaft und der Verwaltung, noch weiter gestärkt werden kann, um sektorübergreifende Lösungen zu entwickeln. Auch im Kontext von partizipativen Prozessen, die Bürger:innen die Möglichkeit geben, Projekte mitzugestalten, könnte es hilfreich sein, in diesen die Überschneidungen zwischen Klimaschutz, sozialer Inklusion, gerechter Verteilung von Sorgearbeit und Menschenrechten zu thematisieren und dabei die dahinterliegenden Konzepte zu vermitteln.

## **5. Entwicklung von gemeinsamen Indikatoren und Erfolgsmessung**

Es könnte auch interessant sein, die Entwicklung von Messgrößen, die den Erfolg von Projekten an ihren sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Wirkungen bewerten, voranzubringen bzw. bereits vorhandene alternative Wohlbstandsmessungskonzepte stärker aufzugreifen. Ebenso könnte es hilfreich sein, das Konzept der wirkungsorientierten Planung, anzuwenden und bei Projekten immer zu prüfen, wie diese gleichzeitig mehrere Ziele (z. B. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit und Umsetzung von Menschenrechten) erreichen können. Ebenso wäre es notwendig städtische Entscheidungen im Bereich Stadtplanung, Infrastrukturausbau oder lokaler Wirtschaftspolitik auf ihre möglichen negativen Auswirkungen auf Menschenrechte, sorgende Infrastrukturen oder Klima- und Umweltschutz in anderen Städten, Ländern und Regionen zu überprüfen.

## **6. Entwicklung und Umsetzung eines Pilotprojekts zur Integration der drei Konzepte z.B. im 8. Wiener Gemeindebezirk**

Die Josefstadt - der 8. Wiener Gemeindebezirk – ist zum einen Klimabündnisbezirk, Menschenrechtsbezirk und es gibt dort bereits ein innovatives Care-Projekt – den Achtsamen8. Die oben genannten Empfehlungen könnten in diesem Bezirk in Form eines Pilotprojekts ausprobiert werden. Ein erster Schritt könnte sein, die zentralen Akteur:innen

im Bezirk, die sich jeweils für eines der Anliegen engagieren in einem ersten Schritt zu einem gegenseitigen Kennenlernen und dem Austausch über die jeweiligen Ansätze und Vorhaben einzuladen, gemeinsam mit diesen die konkreten Schnittstellen auszuloten und auf dieser Basis Ideen zu entwickeln, wie man die Ansätze gegenseitig verstärken kann – in konkreten Projekten, in der öffentlichen Kommunikation, in der Bildungsarbeit etc. Ebenso wäre es spannend auszuloten, ob dabei auch gemeinsame Projekte entstehen könnten. Eine Idee wäre z.B. zu prüfen inwieweit der Ansatz des Projekts „Klimasoziales Linz“ angewandt werden könnte, um im 8. Bezirk Räume für die Entwicklung weiterer Ideen zu schaffen, die diesen zu einem klimasozialen Bezirk machen, und wo die entwickelten Vorschläge im Konzept der Menschenrechtsstadt verankert sind.

Die Idee eines Pilotprojektes – das wissenschaftlich begleitet werden sollte – sollte dazu dienen, einen Leitfaden zu entwickeln, wie in weiterer Folge auch in anderen Bezirken bis hin zur Stadtverwaltung – eine stärkere Verschränkung der Konzepte umgesetzt werden kann. Das kann reichen von einem Prozessleitfaden, der Ansätzen und Methoden enthält, wie diese Verschränkung ermöglicht werden kann bis hin zu konkreten Projektvorschlägen, die auch in anderen Bezirken oder Themenfeldern (z.B. Bildungsarbeit) umsetzbar wären. Bei der wissenschaftlichen Begleitung wäre es auch empfehlenswert, Institutionen einzubinden, die ebenso diese unterschiedlichen Perspektiven bzw. Ansätze im Blick haben, also Akteur:innen bzw. Personen mit einem Menschenrechtsfokus, mit einem Klimaschutzfokus und mit einem Fokus auf Care bzw. Alltagsökonomie.

## 7. Literatur & Links zu Websites

Für die Themen **sorgende Städte**, **Menschenrechtsstädte** und **klimafreundliche Städte** gibt es eine Vielzahl an Literatur, die sowohl theoretische Grundlagen als auch praxisorientierte Ansätze und Fallstudien behandelt. Hier sind einige relevante Quellen und Literaturhinweise für die jeweiligen Ansätze:

- Alljets, Janna, 2020: **Raum nehmen! Warum wir eine feministische Verkehrsplanung brauchen.** in: LuXemburg 1/2020
- APCC Special Report: **Strukturen für ein klimafreundliches Leben.** Springer Spektrum, 2023 [www.klimafreundlichesleben.apcc-sr.ccca.ac.at](http://www.klimafreundlichesleben.apcc-sr.ccca.ac.at)
- Armutskonferenz, Attac, Beigewum (Hrsg.): **Klimasoziale Politik: Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten.** Bahoe books. 2022. [www.klimasozial.at](http://www.klimasozial.at)
- Armutskonferenz, Attac, GESÖB, fair sorgen!: **Wir alle machen Wirtschaft.** Mandelbaum Verlag. 2025
- Candeias, Mario; Fried, Barbara; Schurian, Hannah; Völpel, Eva; Warnke, Moritz,: **Reichtum des Öffentlichen. Infrastruktursozialismus oder: Warum kollektiver Konsum glücklich macht.** in: LuXemburg-Online, August 2020
- Council of the European Union: **EU action plan on human rights and democracy.** 2015
- Dowling, Emma. **The Care Crisis – What Caused It and How Can We End It?** London/New York: Verso. 2021
- European Union Agency for Human Rights (FRA): **Ein Leitfaden für Städte und Gemeinden.** 2023
- European Union Agency for Human Rights (FRA): **Human Rights Cities. A Framework for reinforcing rights locally** - Report. 2021
- Ezquerro, Sandra; Keller, Christel: **Für eine Demokratisierung der Sorgearbeit. Erfahrungen mit feministischen Care-Politik auf kommunaler Ebene in Barcelona.** Rosa-Luxemburg Stiftung, 2022
- Gabauer, Angelika; Knierbein, Sabine; Cohen, Nir; Lebuhn, Henrik; Trogal, Kim; Viderman, Tihomir; Haas, Tigran (Hrsg.): **Care and the City: Encounters with Urban Studies.** Routledge. 2022
- Harvey, David: **The Right to the City: Social Justice and the Fight for Public Space.** Don Mitchell. 2004
- Harvey, Hal; Orvis, Robbie; Rissmann, Jeffrey: **Designing Climate Solutions: A Policy Guide for Low-Carbon Energy.** Island Press, 2018
- Haubner, Tine: **Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft.** Frankfurt a. M./New York 2017
- Jiménez, Sofía/Moreno, Esther: **Das Projekt »Saragossa als Sorgende Stadt«.** Eine umfassende feministische Vision. Rosa Luxemburg Stiftung. 2022
- Johnson, Craig; Toly, Noah; Schroeder, Heike (Hrsg.): **The Urban Climate Challenge: Rethinking the Role of Cities in the Global Climate Regime.** Taylor & Francis 2015
- Knoblich, Ulrike; Theobald, Hildegard; Dengler, Corinna; Kleinert, Ann-Christin; Gnad, Christopher; Lehner, Heidi: **Caring Societies – Sorgende Gesellschaften Neue Abhängigkeiten oder mehr Gerechtigkeit?** Beltz. 2022
- Meier-Gräwe, Uta; Praetorius, Ina; Tecklenburg, Feline (Hrsg.): **Care-Initiativen in Deutschland, Österreich und der Schweiz.** Verlag Barbara Budrich. 2023

- Menschenrechtsbüro der Stadt Wien: [Stadt der Menschenrechte. Lebenswerte Stadt mit Haltung.](#)
- Menschenrechtsbüro der Stadt Wien: [Wiener Menschenrechtsbezirke. Lebenswert mit Haltung.](#)
- Oomen, Barbara; Davis, Martha F., Grigolo, Michele: **Global Urban Justice. The Rise of Human Rights Cities.** Cambridge University Press. 2016
- Rosenzweig, Cynthia (Hrsg.): **Climate Change and Cities: First Assessment Report of the Urban Climate Change Research Network.** Cambridge University Press (2011)
- Salobral, Nieves: **Madrid als Sorgende Stadt. Eine feministische Bilanz.** Rosa Luxemburg Stiftung. 2023
- Salzmann, Maike und Martens, Jens: [Die globale Bewegung der Menschenrechtsstädte. Auch ein Beitrag zur Verwirklichung der Agenda 2030.](#) Global Policy Forum Europe e.V. 2024
- UN-Office of the High Commissioner of Human Rights (OHCHR): [Frequently asked questions on a human rights-based approach to development cooperation.](#) 2006
- UN-Office of the High Commissioner of Human Rights (OHCHR): [Vienna Declaration an Programme of Action.](#) 1993
- Winker, Gabriele: **Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft.** Transcript Verlag. 2015

Links zu Websites:

- Achtsamer8er: [www.achtsamer.at](http://www.achtsamer.at)
- Barcelonactua: [www.barcelonactua.org](http://www.barcelonactua.org)
- Bildungshub Wien: [www.bildungshub.wien/klimabildung/](http://www.bildungshub.wien/klimabildung/)
- Büro für Mitwirkung der Stadt Wien: [www.mitwirkung.wien.gv.at](http://www.mitwirkung.wien.gv.at)
- Buurtzorg Modell für ambulante Pflege: [www.buurtzorg.com](http://www.buurtzorg.com)
- C40 Cities Climate Leadership Group: [www.c40.org](http://www.c40.org)
- Care-Räte: care-r.at (in Entstehung)
- Demokratiezentrum Wien: [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org)
- EU-Wiki: [Human Rights based approach](#) (HRBA)
- European Union Agency for Human Rights (FRA): [Video. Human Rights Cities put Human Rights on the map.](#)
- Fachkräftezentrum Wien: [www.waff.at/fachkraeftezentrum/](http://www.waff.at/fachkraeftezentrum/)
- Fearless cities: [www.fearlesscities.com](http://www.fearlesscities.com)
- Gemeinsam Wohnen: [www.gemeinsamwohnen.at/links/](http://www.gemeinsamwohnen.at/links/)
- Global Network for Human Rights Cities: [www.humanrightscities.net](http://www.humanrightscities.net)
- Grätzl-Räder Wien: [www.graetzlrad.wien](http://www.graetzlrad.wien)
- Housing first: [www.neunerhaus.at/housingfirst/](http://www.neunerhaus.at/housingfirst/)
- Hunger auf Kunst und Kultur: [www.hungeraufkunstundkultur.at/wien](http://www.hungeraufkunstundkultur.at/wien)
- ICLEI - Local Governments for Sustainability: [www.iclei.org](http://www.iclei.org)
- IKEMBA - Integration von Migrant:innen Graz: [www.ikemba.at](http://www.ikemba.at)
- Klimasoziales Linz: [www.klimasozial.at/index.php/klimasoziales-linz/](http://www.klimasozial.at/index.php/klimasoziales-linz/)
- [Konzept zur integrativen Stadtentwicklung der Stadt Köln](#)
- Migrant – Beratungszentrum für Migrant:innen: [www.migrant.at](http://www.migrant.at)
- Raul Wallenberg Institute: [What is a Human Rights City?](#)



- Reykjavik City's participatory portal: [www.reykjavik.is/en/participatory-democracy](http://www.reykjavik.is/en/participatory-democracy)
- Smart City Wien: [www.smartcity.wien.gv.at](http://www.smartcity.wien.gv.at)
- Sorgende Städte: [www.sorgende-staedte.org](http://www.sorgende-staedte.org)
- Sorgezentren: [www.sorgenzentren.de](http://www.sorgenzentren.de)
- Stadtteilarbeit der Caritas Wien: [www.caritas-stadtteilarbeit.at](http://www.caritas-stadtteilarbeit.at)
- Start Wien: [www.start.wien.gv.at/](http://www.start.wien.gv.at/)
- WAST - Wiener Anti-Diskriminierungsstelle für LGBTIQ-Angelegenheiten (WAST):  
[www.wien.gv.at/kontakte/wast/](http://www.wien.gv.at/kontakte/wast/)
- WKÖ Charta der Vielfalt: [www.wko.at/charta-der-vielfalt/start](http://www.wko.at/charta-der-vielfalt/start)
- ZEBRA – Zentrum für interkulturelle Therapie und Beratung, Graz:  
[www.zebra.or.at/arbeit-bildung/](http://www.zebra.or.at/arbeit-bildung/)